

**XIX. GP.-NR**  
 1772 /J  
 1995 -07- 14

## ANFRAGE

der Abgeordneten Böhacker, Rosenstingl und Kollegen  
 an den Bundesminister für Finanzen  
 betreffend Einkommenbesteuerung

In letzter Zeit ist eine mögliche höhere Besteuerung des 13. und 14. Monatsgehalts von der SPÖ ins Spiel gebracht worden. Dabei sind unterschiedliche Vorschläge präsentiert worden, wobei alle diese Entwürfe letztlich eine höhere Besteuerung des Weihnachts- und des Urlaubsgeldes zum Inhalt haben.

Vor allem Finanzminister Dr. Andreas Staribacher hat diese Frage immer wieder aufgeworfen und für den begünstigten Steuersatz von derzeit 6 % zuerst eine Obergrenze in Höhe von öS 30.000,-- und jüngst öS 40.000,-- genannt. Dies hat zu einer erheblichen Verunsicherung der heimischen Lohnsteuerpflichtigen geführt. Vor allem ist nicht klar erkennbar, ob die genannten Beträge "Freibeträge" oder "Freigrenzen" sind.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Finanzen die nachstehende

### Anfrage:

1. Sie haben zuletzt angekündigt, ab einer Gehaltsgrenze von öS 40.000,-- brutto keinen begünstigten Steuersatz für das Weihnachts- und Urlaubsgeld gelten zu lassen. Stehen sie weiterhin zu dieser Ankündigung?

Wie beurteilen Sie die gegenteilige Auffassung des Bundeskanzlers?

2. Sie haben ausgesagt, daß eine derartige volle Besteuerung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes nur 4 % der österreichischen Lohnsteuerzahlen treffen würde. Wie errechnen sich diese 4 %, welche Unterlagen wurden herangezogen?
3. Zahlreiche Lohnsteuerpflichtige, die derzeit noch unter öS 40.000,-- brutto verdienen, laufen Ihrem Vorschlag folgend nun Gefahr, auch durch inflationsbedingte Lohnerhöhungen im lauf der nächsten zwei bis drei Jahre diese 40.000-Schilling-Grenze zu überschreiten. Wieviele österreichische Lohnsteuerzahlen werden in den nächsten drei Jahren diese 40.000-Schilling-Grenze überschreiten?
4. Wie würde der von Ihnen präsentierte Vorschlag mit einer 40.000-Schilling-Grenze sich bei einem Bruttoeinkommen von a) 39.000,-- Schilling, b) 41.000,-- Schilling, c) 45.000,-- und d) 60.000,-- steuerlich darstellen?

5. **Wieviele unselbständige Erwerbstätige mit einem Bruttobezug unter öS 40.000,-- gab es zum 31.12.1994?**
6. **Wie stellt sich Ihr "letztgültiges Modell" für die stärkere Besteuerung des 13. und 14. Bezuges im Detail dar?**
7. **Wie stellen Sie sich bei Ihrem Modell die steuerliche Entlastung von Klein- und Mittelverdienern hinsichtlich des 13. und 14. Monatsgehaltes vor und mit welchen Steuerausfällen hätten Sie diesbezüglich zu rechnen?**
8. **Mit welchen steuerlichen Mehreinnahmen rechnen Sie, wenn der jeweils öS 40.000,-- übersteigende Teil des 13. und 14. Gehaltes dem Normalsteuersatz unterworfen wird?**
  - a) **Wie hoch ist somit das zusätzliche Steueraufkommen bzw. der allfällige Steuerentfall aus Ihrem Modell einer anderen Besteuerung des 13. und 14. Monatsgehaltes?**
9. **Wieviele Dienstnehmer zahlen nach dem derzeit geltenden steuerlichen Bestimmungen keine Steuer für den 13. und 14. Gehalt?**